presse

Entwicklungspolitische Chancen der Urbanisierung nutzen

***Gabriela Heinrich**, zuständige Berichterstatterin:*

Anlässlich der morgigen Lesung des Antrags „Entwicklungs-politische Chancen der Urbanisierung nutzen“, spricht sich die SPD-Bundestagsfraktion dafür aus, die schnell wachsenden Städte in Entwicklungs- und Schwellenländern mit einem umfassenden Maßnahmenpaket stärker zu unterstützen.

„Immer mehr Menschen zieht es mit der Hoffnung auf ein besseres Leben in die Städte. Das führt zusammen mit dem Bevölkerungswachstum dazu, dass die Zahl der Stadtbewohner bis zum Jahr 2050 um 2,5 Milliarden steigen wird. 90 Prozent dieses Wachstums findet in den Entwicklungs- und Schwellenländern statt. Die Zahl der Slumbewohner wird von heute eine Milliarde auf drei Milliarden im Jahr 2050 steigen, wenn wir nicht gegensteuern. Wir werden uns für eine Verbesserung der Lebensbedingungen von Slumbewohnern einsetzen. Dies umfasst die u.a. die Themen Gesundheit, Bildung und Energie.

Wir sprechen uns dafür aus, Maßnahmen zu bündeln und zu strukturieren, um Urbanisierung besser gestalten zu können. Wir fordern ein Urbanisierungskonzept der deutschen Entwicklungspolitik sowie entsprechende regelmäßige Berichte der Bundesregierung. Wir unterstützen eine „New Urban Agenda“, die auf der Habitat III-Konferenz der Vereinten Nationen im nächsten Jahr beschlossen werden soll. Auf europäischer Ebene fordern wir Urbanisierungspartnerschaften mit Entwicklungsländern. Das Thema Flüchtlingsstädte wollen wir stärker in die Initiative „Fluchtursachen bekämpfen“ des BMZ integrieren.

Weiterhein wollen wir in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit vor allem die Bereiche Stadtplanung und Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung sowie Dezentralisierung stärker unterstützen. Die Zusammenarbeit zwischen deutschen Kommunen und Kommunen in Entwicklungsländer soll künftig stärker gefördert werden. Stadtplanung wollen wir besser mit Good-Governance-

Prinzipien verbinden und damit die Zivilgesellschaft, Gleichberechtigung und die Menschenrechte stärken. Demokratisierung und Stadtentwicklung gehören zusammen.“